

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1923

4.10.1923 (No. 273)

Bezugspreis
einjähr. 45000 000
wöchentlich 4 500000
An unserer
Geschäftsstelle oder in unserer
Kant. abholen 4 400000
Einselverkaufpreis 5000000
Im Falle höherer Gewalt
hat der Besteller keine An-
sprüche bei verspäteter oder
Nichterfüllung der Zeitung.
Abbestellungen können nur
soweit bis zum 27. auf den
folgenden Monatsheften an-
genommen werden.
Verlag, Schriftleitung und
Geschäftsstelle Mittelstraße 1

Karlsruher Tagblatt

Anzeigenberechnung nach
Grund- und Schlüsselfach:
Grundzahl für die Gelpost:
Anzeigenzeile oder deren
Raum 200, auswärts 240,
Familienanzeigen und Be-
lehrungsblätter 100, Reklameteile
600, an erster Stelle 650.
Schlüsselzahl 50 000.
Rabatt nach Tarif.
Rechnungsansprüche:
Geschäftsstelle Nr. 18,
Verlag Nr. 21 und 297,
Schriftleitung Nr. 20,
Dauerschreiber Nr. 19,
Postfach Nr. 9547
Karlsruhe.

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenchrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

„Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Turn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Für die Frauen“ / „Wandern und Reisen“ / „Die Scholle“

Geschäftsführer: Hermann v. Koser, Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhard; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Feuilleton: Hermann Weid; für die „Pyramide“ Karl Jöbstl; für Inserate: Heinrich Schrieber, sämtliche in Karlsruhe. Druck und Verlag G. B. Müller, Karlsruhe, Mittelstr. 1. Berlin: Redaktion Dr. Richard Jäger, Berlin-Konowstr. 87. Telefon-Zentrum 423. Für unverlangte Manuskripte oder Druckfahnen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Mündelung erfolgt, wenn Porto beigelegt ist. Erscheinungstage der Redaktion: 11-12 Uhr vormittags.

120. Jahrg.

Donnerstag, den 4. Oktober 1923

Nr. 273

Noch keine Entscheidung.

Die Koalitionskrise.

3. Von unserer Berliner Redaktion wird uns ge-
schrieben:

Am Mittwoch vormittag traten sämtliche Fraktionen wieder im Reichstag zusammen. Nach dem die Besprechungen am Dienstag abend ohne Ergebnis abgebrochen worden waren, handelte es sich am Mittwoch vormittag darum, zu den Beschlüssen Stellung zu nehmen, die das Reichskabinett inzwischen in nächtlichen Beratungen gefaßt hatte. Bei diesen Kabinettsberatungen hat es sich darum gehandelt, zunächst die Schwierigkeiten zu beseitigen, die sich zwischen dem Kabinett und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ergeben hatten. Die Beratungen wurden demgemäß darauf gerichtet, zunächst in der Frage der Arbeitszeit eine Grundlage zu finden, auf der sich die Auffassung der sozialdemokratischen Fraktion mit dem Regierungsprogramm vereinigen läßt. Die Kabinettsberatungen führten zur Aufstellung einer Formulierung, die nach dieser Richtung Erfolg verspricht, sich die sozialdemokratische Fraktion zu einer Annäherung an dem vom Arbeitsminister vertretenen Vorschlag verstehen würde.

Des weiteren handelte es sich um die bayerische Angelegenheit, in der die sozialdemokratische Fraktion nach ihren Erklärungen vom Dienstag gemeinsame Sache mit der Reichstagsfraktion der Kommunisten machen wollte. In diesem Punkte gäbe die Sozialdemokratie bis zu einem gewissen Grade nach, und zwar in der Richtung, daß sie nicht mehr den kommunistischen Antrag auf Beseitigung des bayerischen Ausnahmezustandes unterstützen, sondern einen eigenen Antrag in abgeschwächter Fassung einbringen wolle. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion war nun gezwungen vor die Frage gestellt, ob sie bereit sei, auf dieser Grundlage ein Kompromiß abzuschließen. Leider hat sich die sozialdemokratische Fraktion in 3/4-stündiger Sitzung nicht bereit finden lassen, auf das Kompromiß einzugehen. Das Ergebnis der Sitzung ging dahin: Die sozialdemokratische Fraktion lehnt die in Aussicht genommene Arbeitszeitformulierung ab und läßt sich auch nicht auf die Aufgabe eines Postens im Kabinett ein. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hatte demgegenüber bezüglich der politischen Lage folgende Beschlüsse gefaßt: 1. In der Frage der Arbeitszeit billigt die Fraktion die Entscheidung des Kabinetts in seiner gefirgten Sitzung, 2. die Fraktion wird dem Ermächtigungsgesetz zustimmen, hält aber aus sachlichen Erwägungen eine andere Befugnis des Reichsfinanzministeriums für unerläßlich.

Gegen Abend stellte sich die kritische Lage im Reichstag so da: Infolge der am Nachmittag abgehaltenen Parteiführerbesprechung beim Reichskanzler ist eine Einigung noch nicht zustande gekommen, auch namentlich nicht über die Änderung des Arbeitszeitgesetzes.

Die sozialdemokratische Fraktion und die demokratische Fraktion hielten sofort Sitzungen ab, in denen über das Ergebnis der Parteiführer Besprechungen berichtet wurde. Daneben fand eine Führungsbildung zwischen den Fraktionen statt. Die Demokraten machten den Vorschlag, das Arbeitszeitproblem aus dem Ermächtigungsgesetz herauszunehmen und das Arbeitszeitgesetz unter Einbeziehung der Vergarbeiter gleichzeitig mit dem Ermächtigungsgesetz im Plenum zu verabschieden. Dieser Vorschlag wurde von den Sozialdemokraten als geeignete Basis für weitere Verhandlungen zwischen den Parteien. Dadurch würde der wichtigste Streitgegenstand vorläufig beseitigt und die Entscheidung über ihn an das Plenum verwiesen.

Der Kampf um das Arbeitszeitgesetz.

Berlin, 3. Okt. Die „Germania“ will wissen, das Reichskabinett habe sich in der Frage der Arbeitszeit auf folgende Formel geeinigt, um deren Zustandekommen sich Minister Brauns bemüht habe:

Die äußerste Not unseres Volkes im schwersten Ringen um seine wirtschaftliche und politische Existenz zwingt uns, vorläufig bei der Produktion die Arbeitszeit auf dasjenige Maß zu ergänzen, das gesundheitlich tragbar ist. Insbesondere ist der Bergbau unter Tage auf acht Stunden einschließlich der Ein- und Ausfahrt festzusetzen. Sodann müssen die übrigen lebenswichtigen Betrieben die Möglichkeit zur Ueber-schreitung des Achtstundentages haben und auch auf die öffentlichen Verwaltungen sollen diese Grundzüge sinngemäß angewendet werden. Für gefährliche und gesundheitsschädliche Betriebe ist der Achtstundentag beizubehalten.

Nach dem „Vorwärts“ hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion heute nach eingehender Beratung die Ausdehnung des vom Reichskanzler vorgeschlagenen Ermächtigungsgesetzes auf das sozialpolitische Gebiet abgelehnt. Sie könne sich mit der im Reichskabinett gefundenen Formulierung für die vom Reichskanzler in seiner programmatischen Erklärung auszu-

sprechenden Absichten bezüglich des Arbeitszeitgesetzes nicht einverstanden erklären, sei jedoch bereit, in neue Verhandlungen über diese Frage mit den Koalitionsparteien einzutreten.

Die Stellung der Volkspartei.

Berlin, 2. Okt. R.A.V. meldet: Der Vorsitzende der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz widerspricht der Nachricht, daß er dem Reichskanzler Forderungen unterbreitet habe, von deren Erfüllung das Verbleiben seiner Partei in der Regierung abhängig sei. Er habe nur den Standpunkt vertreten, daß seine Fraktion eine weitgehende Ermächtigung zur Durchführung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Gesetze voraussetzlich von der endgültigen Befugnis des einen oder des anderen Ministerpostens abhängig machen müsse. Auch habe er die Notwendigkeit der Steigerung der Arbeitsleistung zur Erhöhung der Produktion betont. In den dazu geeigneten Betrieben dürfe man auch vor einer Verlängerung der Arbeitszeit nicht zurückschrecken. Die Deutsche Volkspartei soll den Wunsch ausgesprochen haben, daß bei einer eventuellen Änderung im Ermächtigungsgesetz die Wiederbefugnis durch eine Persönlichkeitsliste erfolgt, die das Vertrauen landwirtschaftlicher Kreise be-
stärke.

Die Lage in Bayern.

München, 3. Okt. Amtlich wird gemeldet: Die Nachricht eines Münchener Blattes, daß zwischen der württembergischen und der bayerischen Regierung Verhandlungen über die Lage schweben, entspricht nicht den Tatsachen.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden: Der Befehl des Reichskommissars auf Verbot des „Wälfischen Beobachters“, der bisher weiter erschienen ist, wurde dem General von Pösch in München zugestellt. Pösch hat den Befehl an den Generalkommissar von Kahr weitergegeben.

Der Bezirks- und Ortsvorstand München der Sozialdemokratischen Partei hat die Ortsgruppen von Südbayern und Schwaben aufgefordert, die Sicherheitsabteilungen der Sozialdemokratischen Partei auf Grund der Verordnung des Generalkommissars als aufgelöst zu betrachten. Den bisherigen Führern und Mannschaften der Sicherheitsabteilungen wird der Dank der Partei ausgesprochen und bemerkt, daß man nun der Gewalt gewichen sei, daß die Partei aber die strengste Durchführung der Auflösungsanweisung verlange.

Berlin, 3. Okt. Wie die Blätter melden, hat die Bayerische Volkspartei in ihrer gefirgten Fraktionsführung dem Generalkommissar v. Kahr das Vertrauen der Partei ausgesprochen.

Der Putsch in Kärnten.

Berlin, 2. Okt. In den Vorgängen in Kärnten werden von zuständiger Stelle nun folgende Einzelheiten mitgeteilt: Seit Mitte der letzten Woche sammelten sich in der Umgebung von Berlin junge Leute, die angeblich der Reichswehr zur Verfügung zu stellen. Der Verdacht lag nahe, daß sie unter Vorpiegelung nationaler Ziele von einer Stelle aus zu militärischen Verbänden für innerpolitische Zwecke zusammengestellt wurden. Der Wehrkreisbefehlshaber ertieß darauf in der Presse eine öffentliche Bekanntmachung unter Bekundung seiner Entschlossenheit, mit aller Energie gegen diese verdächtigen Anammlungen vorzugehen. Führer der Bewegung ist Major z. D. Buchdrucker, gegen den Haftbefehl erlassen wurde. Als er erkannte, daß seine Pläne durchkreuzt waren, zog er in der Nacht zum 1. Oktober so viel seiner Anhänger, als er erreichen konnte, in Kärnten zusammen, wo sie sich in einem alten Festungswerk verborgen. Am Morgen des 1. Oktober ließ Buchdrucker die wichtigsten Punkte und Zugänge der Stadt besetzen und begab sich mit anderen Nadelstichführern zum Kommandanten Oberst Gudovius, um zu verhandeln. Dieser ließ die Führer sofort verhaften. Einen nachdringenden Stoßtrupp nahm die Wache fest. Durch herbeigeleitete Truppenteile wurden die Aufständischen im Zeughof eingeschlossen. Der zuständige Wehrkreiskommandant hatte auf die ersten Nachrichten von den Ereignissen Truppen aller Waffen in Marsch gesetzt, um den Aufstand zu unterdrücken. Das zuerst alarmierte Kärntner Pionierbataillon beschränkte sich bis zur Ankunft der Truppen auf die Absperrung. Zum Entsatz der eingeschlossenen eilten Teile von außerhalb befindlichen Gruppen der Aufständischen herbei. Die Aufständischen hatten einen Toten, drei Schwerver- und vier Leichtverletzte. Nach dem Eintreffen der Verstärkungen ergaben sich die eingeschlossenen. Es sind im ganzen 381 Mann, darunter 13 Nadelstichführer, festgenommen. Weiter wurden 80 Mann verhaftet, die den Ent-

satz versucht haben. Welche Ziele die Gefangenen verfolgten, dürfte sich bei den Verhandlungen feststellen lassen. Die Aburteilung der Gefangenen wird durch ein außerordentliches Gericht in Cottbus erfolgen. In der Umgebung von Döberitz wurden 200 Mann festgenommen, die sich dort angelagert hatten. Es scheint jedoch, daß die Bewegung durch das taktische Zugreifen im Keime erstickt ist.

Der Schutz für das Land.

Berlin, 3. Okt. Zur Aufrechterhaltung der Sicherheitsverhältnisse auf dem flachen Lande hat die Reichsregierung in einem Rundschreiben an die Landesregierungen angeregt, Vereinbarungen zur gegenseitigen Hilfe zu treffen, wenn die eigene Polizei des Landes nicht ausreicht. Sie erwartet die Verwendung der Polizeior-gane nicht nur im Interesse des eigenen Landes, sondern auch für die deutschen Gesamtinteressen in Gestalt einer polizeilichen Grenz-hilfe. Außerdem wird nach dem Vorbilde Preussens die Bildung eines Flurkubus empfohlen, um das flache Land und die Produktion zu schützen. Im übrigen ist die beschleunigte und ausreichende Ablieferung der Erntetrümpfe durch die Erzeuger als das beste Mittel gegen Plünderungen und Ausschreitungen auf dem Lande anzusehen.

Nach Einstellung des Widerstandes?

Essen, 2. Okt. Am 3. Oktober wurden in Duisburg 52 Eisenbahner mit Familien ausgewiesen. Sie wurden vorher nicht bestraft, ob sie die Arbeit wieder aufnehmen wollen, um die Ausweitung zu verhindern.

Der stellvertretende Polizeipräsident Regierungsrat Friedensdorf wurde von den Franzosen als Geiseln festgenommen, während der seit dem 26. September inhaft befindliche Polizeirat Gerner entlassen wurde.

Die Franzosen entwendeten heute bei der Firma Krupp etwa 800 Milliarden.

Die Hauptwerkstätte in Witten ist heute morgen besetzt worden.

Darmstadt, 2. Okt. Am 28. September nahmen die Franzosen einen Wagen des Bochumer Vereins fort, der 9,4 Millionen Reichsmark, das in der Druckerei der Union hergestellte war, wegbringen sollte.

Ludwigschafen, 3. Okt. Das Kriegsgericht in Landau hat wegen Unterstützung des passiven Widerstands den Oberlehrer Ludwig Lang aus Kaiserslautern zu 6 Monaten Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. Ferner wurden verurteilt zwei Eisenbahner zu je 3 Monaten Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe, zwei weitere Angeklagte zu je 6 Monaten Gefängnis und fünf Eisenbahner aus Kaiserslautern ebenfalls wegen Unterstützung des passiven Widerstands in Abwesenheit zu 5 Jahren Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe.

Der Mißerfolg der Französlinge

Paris, 3. Okt. Dem Berliner Korrespondenten der „Humanität“ wird aus Düsseldorf berichtet: Alle Separatisten, die am Sonntag aus der Pfalz und dem Rheinlande nach Düsseldorf gekommen waren, haben die Reise gratis unternommen. Die Zahl der Reisenden wird auf 10000 angegeben. Lediglich bemerkt der Sonderberichterstatter des „Journal des Debats“, daß Matthes im Ruhrgebiet ein großes Piasko erlebt habe. Am ganzen seien nur 10 viel Menschen nach Düsseldorf gekommen, das knapp zwei Extrazüge geführt werden konnten. Matthes habe aber 10 Extrazüge bestellt. Die Zahl der aus dem Ruhrgebiet Gefommenen habe 510 betragen.

Offene Hilfe für die Sonderbündler.

w. Düsseldorf, 3. Okt. (Drahtber.) Der kommandierende General des Brückenkopfes Düsseldorf hat die Düsseldorfische Presse gezwungen, die französische Darstellung der Düsseldorfischen Vorfälle vom letzten Sonntag zu veröffentlichen.

w. Münster, 3. Okt. (Drahtber.) Bei einer Unterredung eines Vertreters der Hördorfer Polizeiverwaltung mit der Verwaltungsbehörde erklärte diese, daß sie die Zulassung staatlicher Polizei bei Unruhen nicht dulden werde, sondern daß im Bedarfsfalle französische Militär zur Unterdrückung von Demonstrationen und Unruhen herbeigezogen würde.

Konstantinopel wieder frei.

Paris, 3. Okt. Havas meldet aus Konstantinopel, die Presse kündigt an, daß der Einzug der türkischen Truppen in Konstantinopel am Samstag stattfinden wird.

Drum herum.

Was in diesen Tagen in Deutschland vorgeht, ist mehr als nur ein Tagesstreit. Das deutsche Volk steht an einem Wendepunkt seiner Geschichte. Seit den unglücklichsten Novembertagen des Jahres 1918 war der Grundtat der deutschen Politik das: Drum herum! Drum herum um alle Gegenstände, kein Ja, kein Nein. Ein solcher Grundtat kann vielleicht einige Jahre weiterhelfen, aber er wird es nicht hindern können, daß eines Tages doch die Entscheidung über das Ja oder Nein gefällt werden muß; er wird mit Sicherheit dahin führen, daß sich die Entscheidung im ungeeigneten Augenblick unabweisbar aufdrängt. Dem deutschen Volk ist nun dieses Schicksal widerfahren, es kommt nicht mehr weiter mit dem drum herum, es muß sich entscheiden. Entscheiden darüber, ob es an den Forderungen der letzten Jahre festhalten will mit der sicheren Aussicht des Unterganges als Volk und als Nation, oder ob es neue Wege gehen will, die allein noch zu Hoffnungen auf Gesundheit und Wiederaufstieg führen. Mit dem Grundtat „Drum herum“ geht es nicht mehr weiter, es gibt jetzt kein Ausweichen mehr. Die Politik der letzten Jahre hat bankrott gemacht, darüber ist kein Zweifel mehr. Die Politik der letzten Jahre war nur darauf eingestellt, bei den Massen die Novembertage in Illusionen hineingeraten zu lassen, das Erwachen und die Ernüchterung zu verhüten. Die Massenstimmung beherrschte die auswärtige Politik und die Politik im Innern, die Massenstimmung, die von Tagesnöten und Tageswünschen abhängt und sich nicht um die Zukunft kümmert.

Nun stehen wir nach fünf Jahren vor den Ergebnissen dieser Politik: die Zukunft ist so düster wie noch nie und die Tagesnöten sind größer als je. Die Macht, die in den letzten fünf Jahren die deutsche Politik entscheidend beeinflusst hat, ist der Sozialismus. Der Sozialismus hat die deutsche Politik der Stimmung der Massen unterworfen, da sein Ziel war und ist, seine Macht mit Hilfe der Massen zu behaupten. Der Sozialismus hat sich mit aller Kraft dagegen gewehrt und wehrt sich noch, den Massen die Wahrheit zu sagen. Der Sozialismus hat seit Jahren die Massen mit der Hoffnung auf die Internationale, mit der Hoffnung auf Frankreichs Verhandlungsmacht und mit der Hoffnung auf das Glück durch Sozialisierung und durch Staatsallmacht genährt. Alle diese Hoffnungen sind zusammengebrochen. Die Internationale hat sich als gänzlich machtlos erwiesen, ebenso wie der Völkerverbund. Frankreich zeigt trotz aller Selbstermächtigung des deutschen Volkes keine Spur von Verhandlungsbereitschaft und die Sozialisierung und die zwangsweise Regelung des Lebens und der Güterverteilung hat sich als eine Unmöglichkeit herausgestellt. Die letzten Jahre deutscher Politik, die dem Kapitalismus den Untergang bringen sollte, haben dem Kapitalismus in Deutschland zu einer Ausdehnung verholfen, wie er sie vor dem nie befehlen hat. Die Denkweise des Kapitalismus im schlechtesten Sinne hat heute das ganze deutsche Volk ergriffen, und die Massen sind heute so kapitalistisch in ihrem Denken und Fühlen, wie der grasseste Kapitalist. Dieser Massenkapitalismus, eine Frucht des Sozialismus, ist der Bundesgenosse unserer Feinde, ist der Zerstörer des Staates. Wenn es nicht gelingt, den Massenkapitalismus zu überwinden, dann ist der Untergang sicher.

Wenn im privaten Leben ein Unternehmen zusammenbricht, so ist es im allgemeinen nicht üblich, daß die gleichen Leute, die für den Zusammenbruch verantwortlich sind, damit beauftragt werden, das Unternehmen wieder hochzubringen. Man wird nach neuen Männern und neuen Methoden suchen. Im staatlichen Leben kann es kaum anders sein. Die Verantwortung für die deutsche Politik tragen die Parlamente, der Reichstag in erster Linie, und dann die Landtage. Man hört fast täglich die Meinung, daß der Parlamentarismus überhaupt zu Taten unfähig sei. Die Frage, ob der Parlamentarismus überhaupt unfähig ist, uns auf den Weg zur Besserung zu bringen, oder ob nur die jetzige Zusammenfassung der Parlamente schuld an ihrem Verfall ist, könnte nur durch Neuwahlen entschieden werden. Sicher ist, daß Reichstag und Landtage im Volk kein Vertrauen mehr besitzen. Die Feststellung ist für die Volkserzieher sehr schmerzhaft, aber die Parlamente haben es zum großen Teil selbst verschuldet, daß es soweit gekommen ist. Die übertriebenen und falschen Hoffnungen, mit denen der Parlamentarismus verknüpft worden ist, mußte zu Enttäuschung und Gleichgültigkeit führen.

Auch an amtlichen Stellen, ja auch in den Parteien, sind die Hoffnungen auf die Parlamente geschwunden. Beweis: Die jetzige Reichsregierung will sich eine Generalvollmacht geben lassen, um ohne Mitwirkung des Reichstages alle Maßnahmen durchzuführen, die sie zur Besserung unserer Lage für notwendig hält. Diese Generalvollmacht, die in dem sogenannten Ermächtigungsgesetz steht, grenzt nahe an Diktatur. Es ist der letzte Ver-

sch, wenigstens den Schein der Paragrafen-gewalt noch zu retten. Es ist bezeichnend, daß es gerade wieder der Sozialismus ist, der aus Angst vor den Folgen einer Diktatur diese Generalvollmacht auf sehr wichtigen Gebieten einschränken will, gerade dort, wo der Sozialismus Bahnpolitik betreibt: auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik und der Sozialpolitik. Wenn es der Reichsregierung nicht gelingt, die parlamentarischen Hemmnisse so viel als möglich zu beseitigen, wenn auch die Generalvollmacht nur zu einer der vielen Halbtatigkeiten wird, die wir schon erleben mußten, dann werden die Ereignisse den Reichstag nicht gelingen, die parlamentarischen Hemmnisse so viel als möglich zu beseitigen. Denn wer heute zu handeln wagt, der hat die Sympathien des Volkes, ob er von rechts oder von links kommt.

Pariser Stimmen über Deutschlands Lage.

Paris, 3. Okt. Das „Echo de Paris“ schreibt: Die Besatzungsmächte dürfen sich nicht durch die Bewirung in Deutschland irre machen lassen. Mehr denn je haben sie die Pflicht, die Provinzen, die sie besetzt halten, gemäß den Klauseln des Friedensvertrages für die Reparationen auszunutzen. Sie dürfen sich nicht von dieser Aufgabe durch irgendwelche Betrachtungen abbringen lassen, selbst nicht durch den rheinischen Separatismus.

Das „Welt Journal“ schreibt: Man muß die Dinge sehen, wie sie sind und anerkennen, daß die Ereignisse in Deutschland eine Wendung nehmen, die nicht für Frankreich befriedigend ist. Die Parteien, die eine Widerstandspolitik gegen die Alliierten verlangen und die Annulierung des Friedensvertrages von Versailles fordern, haben den Block der Mittelparteien gezwungen.

„Ere Nouvelle“ meint, der Sturz des Kabinetts Stresemann könne französischerseits nicht leichten Herzens aufgenommen werden. Er bedeute das Ende der Ordnung, und die Ordnung in Deutschland sei die einzige Garantie für das künftige Gleichgewicht und die einzige Sicherheit für die Zahlungen, die Frankreich brauche.

„Echo National“ schreibt: Da ein Staatsstreich in Berlin für notwendig erachtet wird, wird Breußen ihn machen. Angesichts derartiger Eventualitäten müssen wir mehr denn je am Rhein und Ruhr wachen.

Paris, 3. Okt. (Eig. Drahtber.) Der offiziöse „Temps“ meint, wenn man in Berlin nervös sei, müsse man in Paris die Ruhe bewahren. Das Blatt erklärt die Ereignisse in Deutschland damit, daß die Industriellen zu Macht gelangen wollten. Die Behauptung, daß Deutschland bereits der französischen Regierung Anträge auf Einleitung von Verhandlungen unterbreitet habe, sei unrichtig, wenn man von den Anträgen Stresemanns absehe, die dieser am 27. September gemacht habe und die von der französischen Regierung am 29. September abgelehnt worden seien. Es könne auch keine Rede davon sein, daß irgend ein Kommissar des Reiches sich in das besetzte Gebiet begeben, um die Wiederaufnahme der Arbeit in die Wege zu leiten. Sobald der Widerstand unterdrückt sei, brauche man im besetzten Gebiet keinen Kommissar mehr zur Wiederaufnahme der Arbeit. Die Rolle der Reichsregierung müsse darin bestehen, eine Währungsreform herbeizuführen, sowie Anträge für die Reparationen vorzulegen.

In einer Meldung des „Intransigent“ aus Paris wird behauptet, daß die deutschen Eisenbahner in der Pfalz eine dreimonatliche Vorkassenzahlung ihres Gehaltes in Höhe von 90 bis 100 Millionen Mark erhalten hätten. Das könne nur eine Unterstützung des passiven Widerstandes in anderer Form darstellen.

Architektur-Ausstellung.

Von Dr. W. E. Detering.

In dem schönen Ruppelbau des Orangerie-Gebäudes (dessen Verputz übrigens dringend der Ausbesserung bedarf) hat die hiesige Ortsgruppe des Bundes Deutscher Architekten (B.D.A.) Pläne, Entwürfe und Modelle ihrer jüngeren Mitglieder ausgestellt. Sie sollen davon Zeugnis geben, in welcher unangenehmer Weise sich die Privat-Architekten nicht nur mit Einzel-aufträgen befaßt, sondern wie sie auch ihre Kräfte vereinen, um größere Projekte von allgemeinem Interesse ihrer Lösung zuzuführen. In einigen Entwürfen zur gleichen Aufgabe (s. B. Krankenhaus Staufens, Rathaus, Schule, Ortsmuseum, Öffnungen), zu denen von verschiedenen Architekten Pläne vorliegen, können aufschlußreiche Vergleiche in Bezug auf Raumwirkung, Stil und Architekturpraxis angestellt werden. Ueberall zeigt sich das Bestreben, jede Aufgabe aus sich und ihren örtlichen Bedingungen heraus zu entwickeln, also nicht fremde Stilvorbilder einem nicht dafür geschaffenen Problem aufzupropfen. Auf Bodenständigkeit und lokale Tradition wird allgemein Wert gelegt. Das zeigt sich z. B. auch bei dem Modell zum Neubau der Rheinischen Kreditbank, den Pfeiffer & Grohmann an Stelle des abgebrannten Museums errichten. Der Bau wächst ja zurzeit mit erstaunlicher Schnelligkeit in die Höhe und Hunderte stämmen täglich gepanzt den Arbeiten der lustigen Kranen zu, die schwere Steinblöcke wie spielend empor- und an ihren Platz schaffen. Darum dürfte sowohl das schöne Fassaden-Modell der Kaiserstrassenfront als auch das des Gesamtbaues hohem Interesse begegnen. Zeigt es doch die künftige Gestaltung, die an die Weinbrennerform des früheren Museums in der Verbeibehaltung der runden Ecklösung anknüpft, als auch die selbständige Weiterführung des Baugedankens in der Grundrisslösung mit ihrer äußersten Raumausnutzung des teuren Baugrundes und der reichen Wandbehandlung der Hauptfassade, die auch den Haupteingang aufnehmen wird. Von früheren Leistungen derselben Firma verdienen die Ansichten des schönen Rathauses in Mülheim an der Ruhr besondere Beachtung. An die Weinbrennerarchitektur schließt sich auch der Erweiterungsbau des Rathauses in Rehl durch A. Balle an, der eine sehr abgemessene Lösung brachte. Mit Plänen zu Siedlungen und Gar-

Der gefallene Feind.

Harold Victor schreibt den „Foreigen Affairs“: Fast alle politischen Redner fürchten sich immer noch entsetzlich davor, anständig von einem besiegten und tapferen Feinde zu sprechen. Sie wagen nicht einmal zuzugeben, daß er tapfer war, obwohl es einer überwältigenden Uebermacht und einer festsamen Behandlung der Neutralen bedurfte, ihn zu schlagen. Es ist daher gut, daß „Foreigen Affairs“ von der Unterdrückung, Grausamkeit und Ungerechtigkeit spricht, deren sich unser Friedenskrieg schuldig macht. Als Nation weigern wir uns, denen, die wir sterben lassen und denen wir moralisch überlegen zu sein glauben, in ihrer Not beizuhelfen.

Die Welt hat in politischer Hinsicht von uns gelernt, daß es keine anderen Motive gibt, als die eines Höfers.

Eine neue Welt hätte 1918 entstehen können. Wir dürfen unsere Verantwortung nicht auf andere schieben. Wer da glaubt, daß man uns in der Welt da draußen für edel hält, lebt in Illusionen. Trotz zahlreicher Ausnahmen unterstützt doch die Nation einen im Frieden heiliggeprochenen Diebstahl (die deutschen Kolonien) und wir lösen uns nur von den Schurkerei Frankreichs (falls wir den Mut dazu haben), weil diese unseren Handel haben.

Gibt es denn keine nationale Empörung über diese unerhörte Unterdrückung eines mehrfachen Volkes?

Der Ueberfluß in Frankreich.

In einem Artikel des „Manchester Guardian“ über Frankreichs ungleichen Fortschritt in seiner Produktion heißt es: Die ganze Kraft Frankreichs wird mit einer Gründlichkeit organisiert, die beispiellos in seiner Geschichte ist. Die Franzosen haben seit dem Kriege viel mehr die wirtschaftliche als die politische Macht im Auge gefaßt, sie wollen nicht so sehr das Land in der Produktion und im Kohlenverbrauch und dergl. unabhängig machen, als einen Ueberfluß schaffen und auf die Weltmärkte gelangen. Die Reorganisation des Transports, die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete und die enge Verbindung der leitenden Industriellen mit der Regierung deuten auf eine tiefgreifende wirtschaftliche Umwandlung. Frankreich ist von einem Eitelheitsbegriffen und Nichtwettbewerb in die Reihe der großen Ausfuhrländer getreten, und der daraus folgende Wettbewerb nicht nur in Eisen und Stahl, sondern auch in der elektrotechnischen, der Textil- und Farben- und Automobilbranche ist ein Faktor, der von Jahr zu Jahr immer mehr in Erscheinung tritt wird.

Die Gegengabe des Staates.

Wir betonen fast täglich, daß der Weg zur Wiederherstellung geordneter Verhältnisse nicht nur über ständige Steuererhöhungen führt, sondern daß auch eine starke Einschränkung der Staatsausgaben unerlässlich ist. Und dies nicht nur, weil die Steuererhöhung Grenzen hat, sondern auch weil es unmöglich ist, dem Steuerzahler immer höhere Lasten aufzubürden, ohne ihm zu zeigen, daß auch der Staat gewillt ist, sich in seinem Haushalt nach der Dede zu freden. Wir haben schon oft die Parlamente als Hindernisse einer gesunden Finanzpolitik bezeichnet und sind deshalb mehrfach scharf angegriffen worden. Nun erwidern wir zu unserer Freude in einem Blatt, das unsere Meinung über die heutigen Parlamente schon mehrmals scharf kritisiert hat, Ausführungen, die sich mit unserer Auffassung ganz und gar decken. Im „Badischen Beobachter“ schreibt ein parlamentarischer Mitarbeiter des Blattes u. a.:

„So sehr wir immer für eine durchgreifende Einkommen- und Vermögenssteuer, und so ent-

schieden wir gerade die Augustkriern im Hinblick auf die Notwendigkeit der Finanzierung des Kampfes vertrieben haben, ebenso sehr müssen wir aber jetzt unsere warnende Stimme, ja gerade unseren Protest gegenüber einer derartigen, man muß schon sagen: wahnwitzigen Steuer-macherei erheben. Würden diese Steuern zum Durchbruch kommen, so würden wir nicht nur einer neuen wahnwitzigen Inflation entgegengehen, es würde also nicht nur nichts erreicht werden zur Verbesserung unserer Finanz- und Wirtschaftslage, sondern wir würden die Erhebung solcher Steuern mit dem Untergang der besten Existenzen unseres Volkes im Mittelstand, im Handwerk, im Kleinhandel, in der kleinen und mittleren Industrie, in der Landwirtschaft usw. bezahlen müssen, und die Schichten der Intelligenz, die freien Arbeiter und die geistlichen Berufe würden vollständig erdrückt. So geht es wirklich nicht! Mit dem oben Multiplikatorfaktum, das im Steuerwesen von der Reichsregierung gelbt wird, und das in der Preis- und Berechnungspolitik nur zu gern getreue Nachahmung findet, können wir die Finanz- und Wirtschaftslage unseres Landes nicht heben. Im Gegenteil: Wir zerbrechen die letzte Möglichkeit der Gesundung.

Wir halten es für unmöglich, daß die Parteien des Reichstages eine solche, vollständig zum Ruin führende Steuerpolitik mitmachen können. Gewiß: Die Not des Landes ist groß und die größten Opfer müssen gebracht werden. Aber um die Opferleistungen, um wirkliche Opfergaben zu bringen, dürfen wir nicht gerade diejenigen Kräfte zerbrechen, die die besten moralischen Reserven für die Wiedererneuerung unseres Staates in sich bergen.

Man muß den umgekehrten Weg gehen. Wir müssen endlich einmal anfangen, an die wichtigsten Reformen im Innern zu gehen. Wir müssen wirtschaften lernen. Wir müssen unsere Arbeitskraft vervielfältigen. Wir müssen aber auch einen Vereinfachungs-multiplikator im ganzen Staatsbetriebe festsetzen und kraftvoll und rücksichtslos durchführen. Es ist ein unerträgliches Verbrechen, daß man aus der frischen Wirtschaft immer wieder Steuern in derartiger wahnwitziger Vielfachheit heranzupumpen vermag, während auf der anderen Seite die Gegengabe des Staates und der staatlichen und wirtschaftlichen Führung vollständig fehlt. Hier gilt es einzugehen: Es muß endlich einmal Schluss gemacht werden mit den unwirtschaftlichen Ausgaben des Staates. Es muß ernst gemacht werden mit dem Beamtenabbau, mit der Wirtschaftlichmachung der Staatsbetriebe und mit allen anderen Dingen. Solche Forderungen hören gewiß manche Kreise gar nicht gern, und leider sind auch für viele Parteien diese Dinge ein heißes Eisen. Aber trotzdem kommen wir an der Frage der Erhöhung des Arbeits- und Produktionsleistungen in Staat und Wirtschaft nicht vorbei, und alle Kräfte des Volkes, mag es Beamte, Arbeiter, Angestellte, Kaufleute oder geistige Arbeiter sein, müssen sich zu diesen großen Zielen vereinen, oder aber sie werden allesamt von dem Wog der Inflation aufgefressen. So stehen die Dinge! Es ist die höchste Zeit, daß aber auch die Volksvertretung über viele mehr oder minder schöne Worte endlich zu Taten übergeht und daß sie ihrer Verantwortung für das Schicksal des deutschen Volkes gerade in den eben berührten Fragen auch gegenüber der Reichsleitung bewußt ist. Wird das nicht der Fall sein — und wir fürchten fast, daß es so ist! — dann kann die Frage der Wirtschaftlichmachung unserer Staats- und privaten Wirtschaft mit parlamentarischen Mitteln, jedenfalls mit dem heutigen parlamentarischen System nicht gelöst werden, dann muß man eben zu außerordentlichen

Maßnahmen übergehen, und die Geschäftsführung und die Führung einer Hand überlassen, die, wenn es nottut, auch zur Faust werden kann!

Der parlamentarische Mitarbeiter des Beobachters scheint seine Hoffnung nur noch auf einen Diktator zu setzen. Ende Juli haben wir einmal gesagt, es bestehe Gefahr, daß das Volk in seiner Mißstimmung über die Hilflosigkeit der parlamentarischen Beamten ein Diktator rufe. Der Beobachter hat uns damals diese Worte sehr übel genommen. Und nun nach zwei Monaten! Die Zeit ist ein unerbittlicher Lehrmeister.

Anträge auf Erleichterung der Steuerzahlung.

Berlin, 3. Okt. Der „Voss. Bl.“ zufolge hat die Bayerische Volkspartei im Reichstage mehrere Anträge auf Milderung des Steuergeleges vom 11. August 1928 eingebracht. U. a. sollen die Freigrenzen heraufgehoben werden. Die Deutschnationalen beantragen, den Entwertungsfaktor von 30 000 für die Einkommensteuervorauszahlungen herabzusetzen und für die wirtschaftlich schwachen Betriebe des Handels und des Kleinhandels die Zahlung der Ruhrabgabe um einen Monat hinauszuschieben.

Reichsindexziffer.

Berlin, 3. Okt. (Drahtber.) Die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten beläuft sich nach Feststellung des Statistischen Reichsamtes für den 1. Oktober auf das 40 000 000fache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (28 000 000fache) beträgt somit 44,3 Proz.

Bunte Chronik

Fünftagefahrt eines Zeppelin-Luftschiffes. Am 26. September hat ein altes Zeppelin-Luftschiff, das in französischen Besitz übergegangen und auf den Namen Dixmude getauft worden ist, eine Fünftagefahrt angetreten. Es ist von dem Flugplatz bei Paris zunächst nach Toulon-Marseille und von dort über das Mittelmeer nach Algier gefahren. Die Fahrt ging dann weiter nach Bizerta und zurück nach Frankreich, das in großem Bogen unter Verührung aller wichtigen Städte umflogen worden ist. Die Fahrt vollzog sich ohne Zwischenlandung.

Ein neues Maschinengewehr soll in der Schweizer Armee eingeführt werden. Es ist eine Erfindung der Schweizer Techniker und ist in der schweizerischen Waffenfabrik der Schweiz hergestellt worden. Das Maschinengewehr zeichnet sich durch außerordentlich große Präzision und Handlichkeit aus. Es ist nur vier bis fünf Pfund schwerer als das gewöhnliche Infanteriegewehr, dem es auch dem Neuzug nach sehr ähnlich sieht. Das Magazin des Maschinengewehrs enthält dreißig Patronen und ist imstande, in der Minute 450 Patronen zu verschießen. Jedes Infanterie-Bataillon der Schweizer Armee soll 16-24 solcher Maschinengewehre mitführen. Wie man sieht, macht die „Abrüstung“ immer weitere Fortschritte.

Minister als Zirkusdirektor? In Budapest war kürzlich der Posten des Direktors des städt. Zirkus ausgefallen. Unter den Bewerbern befanden sich mehrere stellungslose Minister, darunter auch Dr. Stephan Friedrich, der frühere Ministerpräsident und Dr. Haller, der unterrichtsminister. Die Stadtverwaltung zog es aber vor, die Stelle nicht in die Hand eines Politikers, sondern desjenigen Sachmannes zu legen, der die höchste Pacht bot. Offenbar war sie der Ansicht, daß Minister nicht geeignet sind, einen Zirkus zu leiten.

im Stadtmittelpunkt auftauchenden Bauprobleme zu einem einheitlichen Ganzen. Das war ja gerade das Verhängnis, daß die Stadt trotz aller warnenden Stimmen in die Richtung der Nachahmung von sachmännlicher Seite die Bauaufgaben der letzten Jahre isoliert behandelt hat, hat sie in den notwendigen organischen Zusammenhang zu setzen. Das Resultat war Stückwerk, wo eine große vorbildliche Stadtbauentwicklung die Gesamtschöpfung hätte erzielt werden können, die bezuhen gewesen wäre, den Namen Karlsruhes, seiner Leiter und Künstler weit in die Welt und in die Zukunft zu tragen. Jetzt ist der letzte und endgültig entscheidende Augenblick gekommen, an dem gerettet werden kann, was noch zu retten ist, an dem geschaffen werden kann, was die nie wiederkehrende Aufgabe verlangt. Nicht um den Ehrpreis, das Gesicht, die Ellenbogenkraft von einzelnen handelt es sich, sondern um die repräsentative Leistung unserer Generation. Deshalb sind wir vereint Kraft die zwei Entwürfe ausgearbeitet worden und deshalb suchen sie ihr Dasein nicht in einer neuartigen subjektiven Lösung. Sie knüpfen vielmehr an die positiven Resultate der nun durch viele Jahre hindurch gereiften Projekte an, bauen sie aus und schließen sie zu einer Einheit zusammen. So ist eine Grundlagelösung geschaffen, an der kaum noch etwas zu rütteln sein wird. Auf der Plattform eines dieser zwei Entwürfe oder einer Vermittelung aus ihnen wird man sich zu entwickeln müssen, um das Bauprogramm endgültig festzulegen, auch wenn es in seiner Gesamtheit erst in Jahren durchgeführt werden kann.

Der eine Entwurf knüpft an das bekannte Projekt von Hans Schmidt an, also an den halbrunden Eitlingertorplatz. Alle technischen und Verkehrsverhältnisse sind vollkommen glatt gelöst. Die Beiertheimer Allee bleibt, wie sie jetzt verläuft. Dies ist ein wichtiges Moment. Denn das Projekt von Birch, das in letzter Zeit in den Vordergrund geschoben wurde, braucht eine kostspielige Verlegung der Beiertheimer Allee. Diese stellt die Verbindung mit dem Festplatz her. Die Ausstellungshallen wird umbaut. Auf das Konzerthaus mündet die Verlängerung der Lammstrasse zu und bildet dort einen kleinen Platz. Zwischen Ausstellungshallen und der künftigen parallel dazu gerichteten Festhalle dehnt sich ein rechteckiger Platz aus, der künftig eine geschlossene großzügige Form annehmen wird. Die Eitlingertorstraße wird einfach (ohne Säulengänge, die kostspielig sind und nicht wegnehmen) gebaut; vor dem Bierordtobad ebenfalls durch

Anbauten die Plattform hergestellt. Die Gartenterrasse bleibt im großen und ganzen.

Auf ähnlicher, wohl noch etwas gereifterer Grundlage baut sich auch der zweite Entwurf auf, der für den Eitlingertorplatz das quer gelegte Rechteck des Billingschen Projektes annimmt. Doch das ist nicht das Entscheidende, sondern die klare Durcharstellung des Festplatzes, die es ermöglicht, die Straßenbahn in einer geraden Linie, nicht geschwängelt, über den Platz zu führen. Neben dem Konzerthaus weilt vor dem künftigen Stadtpark ein kleiner dreieckiger Platz.

Jeder der beiden Entwürfe führt das Problem nicht bloß einen Schritt vorwärts, sondern überhaupt zum Ziele. Sie sind in ihrer Verschmelzung die zutreffende Grundlage für die künftige Bebauung. Ein Blick auf die Pläne wird das jedem, der unvoreingenommen davor tritt, klar beweißen. Nicht unerwähnt will mir dagegen ein Detail, das wohl auf eine Abflucht der Stadt zurückzuführen ist. Danach soll, wenn ich richtig sehe, die Amalienstraße bis zur Lammstrasse durchgeführt werden. Das geht nur auf Kosten des Ruppelgartens und des Erprinzenparks. Die Amalienstraße führt unmittelbar auf dieses zu. Und sie muß natürlich davor halt machen. Sie kann gut und gerne durch den Palastgarten geführt werden bis in die Ritterstraße. Aber bis zur Lammstrasse? — ausgefallen! Ich glaube nicht, daß man sich über diesen Punkt jetzt weiter zu verbreiten braucht. Der Gedanke, das Schloß niederzureißen und den Garten zu zerstückeln, wäre so fantastisch-barbarisch, daß er vorerhand einfach ignoriert werden kann. Der Öffentlichkeit gegenüber ist auch die Frage über Verleugnung der Volkshaus aus der Beiertheimer Allee noch nicht klargestellt. Erst vor wenigen Jahren hat man sie mit erheblichen Kosten dorthin verlegt. Nun sollen die Schienen wieder herausgerissen werden. Wohin? Zurück in die Ritterstraße? Oder durch die Eitlingertorstraße und dann über den Festplatz? Das Bauprogramm des Platzes am Eitlingertor und vor der Ausstellungshallen wird davon beeinflusst.

Was über die ganze Platzgestaltung sonst noch zu sagen ist, geht aus einem Schreiben der Ortsgruppe des Bundes Deutscher Architekten zur Genüge hervor. (Siehe heutiges „Karlsruher Tagblatt“.) Es ist zu hoffen, daß sich die ganze interessierte Karlsruher Öffentlichkeit hinter die gegebene Föhrung der Berufsorganisation der hiesigen Baukünstler stellt.

tenstädten sind z. B. Mller (Durlach) sowie Bezel & Langenstein (Roggenbachstraße) anschaulich vertreten; mit einzelnen Landhäusern und Villen Gruber und Gutmann, Köstiger, Brunick; mit Industriebauten großen Stils ebenfalls Brunick und Heide (Verwaltungsbau der hiesigen Maschinenbaugesellschaft), Bezel & Langenstein (Neubau Junker und Kuh, ferner Entwurf zu einem großen Bürohaus in Frankfurt), Höfler (Autogehalle Benz am ehemaligen Wühlburger-Tor-Bahnhof). Feinen Geschmack bewies v. Teuffel in der Herstellung eines schlicht-behaglichen Empirestuhls in Holz, oder Mller mit der reizenden Behandlung des Gartenhauses von Mlers in der Südbendstraße. Wenn wir noch die monumentalen Kriegerriebstöße, die ins Gebiet der Gartenarchitektur führen, von Brunick und Heide erwähnen, ferner das dem tropischen Klima angepaßte Krankenhaus für Nya von Gruber & Gutmann oder die künstlerisch behandelten Anarenelle von Höfler, haben wir den Umfang der Leistungen unserer hiesigen Baukünstler abgefaßt. Noch aber bleiben die Entwürfe zu dem modernen Hochbau der Großstadt zu erwähnen, wobei Alfred Fischer mit seiner dreieckigen Lösung des Riesenbaues das Problem ganz konsequenzlos und amerikanisch anpackt, während Bezel & Langenstein mit dem Turmhaus eine geschlossene Wirkung erzielen, die an gewohnte Bauformen anknüpft. Auch Roland Eisenlohr stellt sich mit seinem Plan für ein Hochhaus am Kaiserplatz entschieden auf modernen Boden.

Bringt schon dieser Teil der Ausstellung viel Bemerkenswertes und zeigt er, mit welchem Ernst, Geschmack und gepflegten Baufinn unsere Architekten an jede einzelne Aufgabe herantreten, wie sie nicht von Schulformen, sondern vom Raumgefühl, den örtlichen Bedingungen und konstruktiven Gegebenheiten ausgehen, so erweist der gemeinsame Entwurf, der sich mit der breiten und entscheidungsvollen Karlsruher Bauaufgabe befaßt, das allergrößte Interesse. Nachdrücklich möchten wir auf die zwei Pläne für den

Eitlingertorplatz

hinweisen, die zugleich eine Lösung für die ganze wichtige Bebauung des Bahngeländes und den Ausbau des Festplatzes bringen. Ja, das Entscheidende an den beiden Entwürfen ist gerade das Zusammenfassen aller an jener Gegend

Welche Steuern sind in der ersten Oktoberhälfte zu zahlen?

Mitgeteilt von der Steueramtsstelle der Handelskammer Karlsruhe.

Betriebssteuer.

1. Arbeitsverabgabe für industrielle, gewerbliche und Handelsbetriebe:

Bis spätestens 5. Oktober das Doppelte der in der Zeit vom 1. bis 30. September von Lohnzahlungen einbehaltenen Beträge; bis spätestens 15. Oktober das Doppelte der in der Zeit vom 1. bis 10. Oktober von Lohnzahlungen einbehaltenen Beträge.

Verzugszuschläge bei Zahlungen ab 6. bzw. 16. Oktober; die Berechnung der Zuschläge erfolgt jetzt derart, daß der zu zahlende Abgabebetrag durch den im Zeitpunkt der Fälligkeit maßgebenden Umrechnungssatz für die Abgabe geteilt wird...

Die Abgabe wird nicht erhoben, wenn sie geringer ist als das 20fache des einfachen Fernbriefpostos im Inlande...

2. Landabgabe für Landwirtschaft, Forstwirtschaft und gärtnerische Betriebe:

Bis spätestens 8. Oktober 1/4 Goldmark für je 2000 M Wehrbeitragswert; die Umrechnungssätze gibt der Reichsfinanzminister...

Einkommensteuer.

Fälligkeitstermin 5. Oktober.

1. Steuerpflichtige, deren Einkommen 1922 hauptsächlich aus Gehalt und Arbeitslohn, aus freiem Berufseinkommen...

2. Steuerpflichtige, die ihr Einkommen im Jahre 1922 hauptsächlich aus Industrie, Handel und Gewerbe...

3. Steuerpflichtige, bei denen der Feststellung des Einkommens ein Geschäftsabchluß vor dem 1. Juli 1922 zugrunde gelegen hat...

Berechnung der Verzugszuschläge veral. bei Arbeitsverabgabe (1).

Stundung kann gewährt werden, wenn ein Steuerpflichtiger nachweist, daß sein steuerbares Einkommen für 1923 voraussichtlich weniger als 1/2 des 30 000fachen Betrags des Einkommens im Jahre 1922 ausmachen wird.

Rhein-Ruhr-Abgabe.

Fälligkeitstermin 5. Oktober.

1. Einkommensteuerpflichtige, die erhöhte Vorauszahlungen zu leisten haben...

2. Die übrigen Einkommensteuerpflichtigen (Gehaltsempfänger, Arbeiter usw.)...

3. Erwerbsgesellschaften zahlen: a) bei Abschluß des Geschäftsjahres 1921/22 in der Zeit vom 1. Januar 1922 bis 31. März 1922 das 90 000fache der Körperschaftsteuer für 1921/22;

b) bei Abschluß des Geschäftsjahres 1921/22 in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1922 das 45 000fache der Körperschaftsteuer für 1921/22;

c) bei Abschluß des Geschäftsjahres 1921/22 in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1922 das 22 500fache der Körperschaftsteuer für 1921/22 der 1922.

Berechnung der Verzugszuschläge veral. bei Arbeitsverabgabe (1).

Abgabepflichtigen, die zwar ihren Sitz oder Ort der Leistung im unbefestigten Gebiet, den Schwerpunkt ihrer geschäftlichen Tätigkeit aber im befestigten Gebiet haben...

Badische Politik

Einschränkung der Versammlungsfreiheit.

Amlich wird gemeldet: Der Befehlshaber des Bezirkses 5, Generalleutnant Reinhardt in Stuttgart, hat bestimmt, daß in seinem Befehlsgelände, zu dem auch Baden gehört, alle öffentlichen Versammlungen, Ansammlungen, Umzüge und Aufzüge unter freiem Himmel verboten sind...

Die badischen Volksparteier für Stresemann.

Eine Wahlkreis-Konferenz der Deutschen Volkspartei in Mannheim hat in einer Entschließung dem Reichstagsler Dr. Stresemann das Vertrauen und treueste Gefolgshaft ausgesprochen.

Aus Baden

Rechtungen, 3. Okt. Laut Gemeindebeschluss hat vornehmlich hier die Weinlese, der Herbst, begonnen. Das Ergebnis ist allerorts äußerst gering; aus vielen früheren Rebflächen bringt man nicht einmal 1 Zentner Trauben heraus...

Donauerschlingen, 3. Okt. Der Bürgerausschuss hat dem Fürsten zu Fürstentum anlässlich seines 60. Geburtstages das Ehrenbürgerrecht verliehen.

Walden, 3. Okt. Mit dem Bahnhofs- und Bauwesen ist nunmehr ernst zu werden. Die Bauinspektion von Konstanz hat den Auftrag erhalten, die Bauarbeiten nunmehr auszuführen.

Konstanz, 3. Okt. Die zweite schweizerische Winternotstandsaktion wird im November ihren Anfang nehmen.

Konstanz, 3. Okt. Beim Birnenpflücken ist der 46-jährige verheiratete Zimmermann Gottfried Mang, wohnhaft in Altmannsdorf, von dem Baume abgestürzt und hat so schwere Verletzungen erlitten...

Aus Nachbarländern

Ludwigshafen, 3. Okt. Eine schreckliche Liebestragödie hat sich in dem westfälischen Dorfe Hornbach abgepielt. Die Brautleute Eugen Eisenbraun und Marie Kirisch wollten dort Bekannte zu ihrer Hochzeit einladen...

Schule und Kirche

Die Bezüge der Geistlichen.

Die badische Regierung hat nunmehr die Mittel zur Bezahlung der Geistlichen im Monat Oktober zur Verfügung gestellt.

Bebauungsplan des Gebietes zwischen Ettlinger Tor und Stadtpark.

Schon vor dem Kriege hat sich die Fachwelt unter reger Beteiligung der Öffentlichkeit mit der Frage des Ettlinger-Torplatzes befaßt. Es darf als bekannt vorausgesetzt werden, wie intensiv sich Baukünstler, Städtebauer und weitere Kreise bemüht haben, die Platzform zu finden...

Umtätig in dieser wichtigen Frage war man indessen nicht. Eine Anzahl anerkannter Baukünstler haben Projekte ausgearbeitet, die Stadtverwaltung hat in mehreren Kommissionssitzungen darüber beraten...

In einer solchen Ansprache wurde die überaus wichtige Frage über die Beibehaltung der Beierthheimer Allee dahin geklärt, daß ihr säkularisiertes Verbleiben zwischen Konzerthaus und Ettlinger Tor in baukünstlerischer und verkehrstechnischer Hinsicht nicht zu empfehlen sei...

Den Schwerpunkt aller bisherigen Erörterungen bildete der Ettlinger-Torplatz; vernachlässigt wurde aber der Bebauungsplan um die städtische Ausstellungshalle und das Konzerthaus. Eine städtebaulich gute Lösung, welche durch die Stellung der beiden genannten Gebäude außerordentlich ersichert ist, ist bis heute nicht bekannt...

Es gilt also heute, Entschlüsse zu fassen, die von weittragender künstlerischer Bedeutung für die Stadt Karlsruhe sind. Zu dem jedem Laien in die Augen springenden Fehler der planlosen Stellung von Ausstellungshalle und Konzerthaus dürfen keine weiteren Mißgriffe kommen...

Dies kann nur dadurch verhindert werden, daß zu der möglichst geschlossenen Umbauung des Festplatzes ein kleinerer symmetrischer Platz in architektonischem Sinne geschaffen wird.

Dieser Platz kann eine direkte Verbindung durch einen neuen Strahenzug mit der Kriegstrasse erhalten. Statt der bisher vorzusehenden (überflüssigen) Ableitung der Beierthheimer Allee an der Einmündung in die Kriegstrasse erfolgt eine solche vor dem Konzerthaus. Diese kurze Verlegung ist nötig, um geordnete Verhältnisse und künstlerisch vertretbare Raumgebilde zu schaffen.

Die unglückliche Stellung der Ausstellungshalle und des Konzerthaus, die durch baukünstlerische Gestaltung der unmittelbaren Umgebung einer Korrektur unterzogen werden muß, geschah auf den Rat eines auswärtigen Stadtbauers von Ruf. Wie die Praxis beweist, war er der ihm von der damaligen Stadtverwaltung gestellten Aufgabe nicht gewachsen...

Dies hat seinerzeit die hiesige Architektenschaft richtig erkannt und sich leider erfolglos gegen die überhastete Errichtung der beiden Bauten gewehrt. Um noch größere Fehler zu vermeiden und die früher gemachten nach Möglichkeit zu verbessern, hat sich die Karlsruher Ortsgruppe des Bundes Deutscher Architekten...

Fragen etwas geringerer Bedeutung wie Ausbildung des Platzes vor der Ausstellungshalle und bessere Schließung der Allee des Platzes, sowie der Befall der Arkaden zwischen Ettlinger-Tor und Festplatz seien nur erwähnt. Beide Pläne erfüllen diese Anforderungen, wenn auch auf etwas verschiedener Weise.

Schlüsselzahlen des 3. Oktober.

- Bad. Einzelhandel: 13 200 000 (Vort. 9 600 000).
Karlsruher Feuerungsanzahl (mit Befeldung):
Stichtag 1. Oktober: 46 310 801 (Vormoche 29 917 801).
Badische Feuerungsanzahl (ohne Befeldung):
Stichtag 1. Oktober: 41 180 085,52 (Vormoche 25 938 477,78).
Großhandels-Feuerungsanzahl: 18.—25. September: 36 200 000 (Vormoche 36 000 000).
Reichsindexziffer: Stichtag 1. Oktober: 40 400 000 (Vormoche 28 000 000).
Goldmark: 105 023 809.
Goldmarkausgeld: 3.—5. Oktober 3 599 999 900 Prozent. (Vormoche 3 189 999 900 Prozent.)
Schlüsselzahl des Badischen Gastwirtsverbandes:
40 Mill. M. 1/4 Br. neuer Weismen 12 Mill. M.
Rotwein 15 Mill. M.; Essen in Kleinbetrieben 45 Mill. M.; in Mittelbetrieben 80 Mill. M.
Eisenbahn. Perionentarif 30 Mill. Gütertarif 36 Millionen.
Badisches Landestheater: 25 000 000.
Schlüsselzahl des Vereins deutscher Zeitungsverleger für Anzeigenaufträge: 50 000.
Buchhändler-Schlüsselzahl: 50 000 000.

Vom Wetter

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterkarte Karlsruhe.

Mittwoch, den 3. Oktober 1923.

Im Bereiche kleiner über Mitteleuropa hinwegziehender Luftdruckstörungen dauert in Deutschland das meist wolfige Wetter mit Strichregen an; weitere Tiefdruckausläufer über der Nordsee und der irischen See werden morgen wieder leichte Regenfälle bringen...

Wetterausichten für Donnerstag, 4. Oktober: Meist wolfig, wieder leichte Strichregen, später Abkühlung, westliche bis nordwestliche Winde.

Rhein-Wasserstände morgens 6 Uhr:

Table with 2 columns: Station (3. Oktober, 2. Oktober) and Water Level (Schiffenriet, Reil, Nezan, Mannheim).

Briefkasten

A. B. Ein Recht auf Wändung besteht; ob diese sich lohnt, ist eine andere Frage.

OSRAM LAMPEN advertisement featuring images of OSRAM NITRA and OSRAM lamps with text 'kauft und braucht die ganze Welt' and 'OSRAM muß auf der Glasglocke stehen'.

